

Transformationsplanung für Erdgas- und Wasserstoffverteilernetze

Westnetz GmbH · Dr. Fabian Toros · 17 November 2025

Agenda

- Komplex 1: Pfadabhängigkeiten für den Gesetzgeber
- Komplex 2: Umsetzung der Vorgaben des EU-Rechts im EnWG
- Komplex 3: Relevanz der Vorgaben zur Transformationsplanung für weitere Vorgaben des EnWG
- Komplex 4: Fazit und Ausblick

PFADABHÄNGIGKEITEN FÜR DEN GESETZGEBER

Vorgaben aus der RL (EU) 2024/1788 (GasRL) (1/2)

- EU-Gesetzgeber favorisiert eine integrierte Netzplanung (Kapitel VIII, EW 125)
- Art. 55 GasRL
 - Vorgaben für den Netzentwicklungsplan (NEP) [Fernleitungsnetzebene]
 - NEP muss Festsetzungen der Pläne aus Art. 56 und 57 GasRL berücksichtigen (Art. 55 Abs. 2 lit. j GasRL)
 - Pläne nach Art. 56 und 57 GasRL müssen in Einklang mit Plan aus Art. 55 GasRL stehen (Art. 56 Abs. 2 lit. g GasRL und Art. 57 Abs. 2 lit. h GasRL)
 - **Folge:** Ausgestaltung der Planungsvorschriften führt zu **wechselseitigen Pfadabhängigkeiten**, da die Pläne berücksichtigt werden/in Einklang stehen müssen

Vorgaben aus der RL (EU) 2024/1788 (GasRL) (1/2)

- Stilllegungs- und Entwicklungspläne auf Verteilernetzebene (VN-Planung) sind in Art. 56 und 57 GasRL normativ vorstrukturiert
 - Grundsätzliche Pflicht zur Planerstellung bei Erfüllung von Tatbestandsvoraussetzungen
 - Mitwirkungspflichten anderer Akteure der Wärmewende
 - Konsultationspflichten
 - Zwingende Planinhalte
 - Struktur des Plangenehmigungsverfahrens
- Unionale Vorgaben determinieren bereits erheblich das nationale Recht

UMSETZUNG IM ENWG

Ausgestaltung der Vorgaben im nationalen Recht

- VN-Planung soll in §§ 16b bis 16e EnWG normiert werden
- Struktur der Vorgaben
 - § 16b: Planungsverpflichtungen und Anwendungsbereich
 - § 16c: Zusammenarbeit und Konsultation
 - § 16d: Pflichtinhalte
 - § 16e: Prüfung und Bestätigung der Pläne (inkl. Festlegungskompetenz)
- Erstbefund:
 - Gesetzgeber bezweckt auf den ersten Blick eine 1:1 Umsetzung der Vorgaben des Unionsrechts
 - Vorgaben im EnWG sind aufgrund der Pfadabhängigkeiten ebenfalls sehr detailliert ausgestaltet

Spotlight 1: Planungszyklus

- § 16b Abs. 5 EnWG:
 - Grundsatz:
 - Aktualisierung des Planes **muss alle 4 Jahre** erfolgen
 - Aktualisierung des Planes **darf alle 2 Jahre** erfolgen
 - Ausnahme:
 - Aktualisierung des Planes **muss alle 2 Jahre** erfolgen, wenn Wärmeplan oder NEP geändert wird
 - Komplexes Ausnahmeregime für Einreichungs- und Prüfungsfristen
- Vorschlag:
 - Einheitliche Planungszyklen für NEP (§ 15a Abs. 1 EnWG) und VN-Planung (**2 Jahre**)
 - Sonderkonstellationen streichen und Umsetzungsspielraum aus der GasRL effizient für den Bürokratieabbau nutzen → Planungsinstrument würde sich besser in die bestehenden Mechanismen einfügen

Spotlight 2: Öffentlichkeitsbeteiligung

- § 16c Abs. 4 EnWG:
 - Beteiligung der Öffentlichkeit (ohne Einschränkung), einschließlich: tatsächliche und potentielle Netznutzer, betroffene Netzbetreiber, Kommunen, Letztverbraucher
 - Stellungnahmemöglichkeit in angemessener Frist
 - Veröffentlichung muss Inhalte des VN-Planes und potenzielle Auswirkungen für Haushaltskunden beinhalten
- Vorschlag:
 - Beschränkung der Beteiligung auf Öffentlichkeit, deren **Belange** durch die VN-Planung **tatsächlich berührt** wird (siehe KWP)
 - Gesetzliche Frist für Anhörung (**4 Wochen**)
 - Beteiligungsmöglichkeit ausschließlich über eine **Internetplattform**
 - Netzbetreiber soll **keine Informationen** bereitstellen müssen, die **über** den **Netzbetrieb hinausgehen**

Spotlight 3: Behördliche Zuständigkeiten

- § 16e Abs. 1 EnWG:
 - Zuständigkeit
 - BNetzA, sofern in Netzgebiet mehr als 200.000 Netzkunden unmittelbar angeschlossen sind
 - Im Übrigen: nach Landesrecht zuständige Behörde
 - Abgrenzungsprobleme bei Netzgebieten, die über Landesgrenzen hinausgehen
- **Vorschlag:**
 - BNetzA als einzig zuständiger Ansprechpartner
 - Komplexitätsreduktion (einheitliche Schnittstelle)
 - Keine Zuständigkeitsfragen
 - Sofern BNetzA mit ausreichendem Personal ausgestattet wird, führt dies zur Planungsbeschleunigung und zum Bürokratieabbau

Spotlight 4: Behördliches Verfahren

- § 16e Abs. 2 bis Abs. 4 EnWG:
 - Keine klare Definition des Zeitrahmens in dem eine Bestätigung erfolgen soll
 - Keine Normierung der Auswirkungen einer Nachforderung von Unterlagen auf die Frist
 - Normierung einer Vorgabe zur Anforderung weitere Unterlagen
- **Vorschlag:**
 - Definition eines klaren Prüfungshorizontes (**3 Monate**)
 - Normierung der Auswirkungen einer Nachprüfung (**Fristverlängerung von 2 Monaten**)
 - Keine Nachforderung weiterer Unterlagen, da **Eingangsdaten** zur Verfügung gestellt werden und für eine Prüfung des Antrages ausreichen müssten
- **Ziel:**
 - Reduktion der **bürokratischen Hemmnisse** und **Beschleunigung des Planungsprozesses**

Spotlight 5: Festlegungskompetenz

- § 16e Abs. 5 EnWG:
 - Festlegungskompetenz für Inhalt, Verfahren und Öffentlichkeitsbeteiligung
 - Aufteilung der Festlegungskompetenz auf zuständige Behörden
- Vorschlag:
 - Beschränkung der Festlegungskompetenz auf das Verfahren zur Erstellung des Entwicklungsplanes (Form der Datenübermittlung o.ä.)
 - Streichung der weiteren Festlegungskompetenzen
- Begründung:
 - Reduktion der **bürokratischen Hemmnisse** und **Beschleunigung des Planungsprozesses**
 - Keine Notwendigkeit aufgrund einer umfassenden und detaillierten Vorgabe

RELEVANZ FÜR WEITERE NORMEN

Spotlight 1: Anschlusstrennung im Gasbereich

- VN-Pläne sind Grundlage für die Anschlusstrennung im Gasbereich (§ 17k EnWG) → Anschlusstrennung kann nur erfolgen, wenn ein bestätigter Plan vorliegt
- Kritik an § 17k EnWG:
 - Etablierung langer Informationszeiträume (10 Jahre) ab Einreichung des Planes
 - Etablierung von erheblichen Informationspflichten; inkl. Fragen, die dem Netzbetreiber völlig unbekannt sind (bspw. alternative Heizmöglichkeiten)
 - Wiederholte Erinnerungen an die bevorstehende Anschlusstrennung in Textform
 - Pflicht zur Verschiebung, wenn sich die Umsetzung alternativer Heizkonzepte aus dem Wärmeplan verzögert

Spotlight 2: Anschlussverweigerung im Gasbereich

- VN-Pläne sind Grundlage für die Anschlussverweigerung im Gasbereich (§ 20 Abs. 2a EnWG)
- Inhalt:
 - Möglichkeit zur Zurückstellung von Netzanschlussbegehren, wenn Plan eingereicht worden ist
 - Möglichkeit zur Verweigerung von Netzanschlussbegehren, wenn Plan bestätigt worden ist
 - Voraussetzung: Umstellung oder dauerhafte Außerbetriebnahme muss im Plan für den betreffenden Leitungsabschnitt vorgestehen sein

Spotlight 3: Weitgehender Ausschluss von Rückbauverpflichtungen

- Dauerhafte Duldungspflicht für in Folge der VN-Planung dauerhaft außer Betrieb genommene Leitungen
- Rückbauverpflichtung nur in eng begrenzten Ausnahmekonstellationen
- Optimierungsvorschlag:
 - Streichung des Evaluierungsvorbehaltes
 - Etablierung einer Spezialvorschrift zu § 94 Abs. 1 BGB

FAZIT UND AUSBLICK

Dr. Fabian Toros

Legal Counsel (Syndikusrechtsanwalt)

Energierrecht, Konzessionen & Kooperationen

fabian.toros@westnetz.de